

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendenmuth für die Lokale Rudolf Koganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kretsch, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M., ohne Postgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — 3 Vierteljahre 8.40 M. Die Ztg. Kolonialbeilage 20 Pfennig, Inserate a. auswärts 25 Pfennig, im Restamtell. Seite 75 Pfennig. Verkauf a. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreiskarte Seite 41.

Nr. 36.

Halle, Dienstag den 12. Februar 1918.

2. Jahrgang.

Ein deutsches Ultimatum an Rumänien.

Nach einer Havasmeldung aus Jassy schickte Madensen am 6. Februar im Namen der deutschen Regierung an die rumänische Regierung ein Ultimatum, in dem er dieser eine Frist von vier Tagen für den Eintritt in die Friedensverhandlungen festsetzt. Der rumänische Ministerrat versammelte sich sofort, und nach einer langen Beratung bot er dem König seine Demission an, die angenommen wurde.

In Beurteilung des Friedensschlusses mit der Ukraine werden hauptsächlich drei Momente hervorgehoben: die Verfürgung unserer Ostfront, die Einwirkung auf Rumänien im Sinne des Friedensschlusses und die wirtschaftliche Erleichterung für die Mittelmächte. Rumänien ist jetzt vollständig abgeschnitten und es muß angenommen werden, daß die Ukraine durch ihr Gebiet keinen Transport von Kriegsmaterial dulden wird. Das Schicksal Rumaniens wäre daher besiegelt und man kann den baldigsten Abschluß des Friedens mit Rumänien erwarten.

Die deutsche Heeresleitung zur Friedens- erklärung Trozki's.

Die Telegraphenunion berichtet aus Berlin vom 11. Februar:

Die Oberste Heeresleitung steht auf dem Standpunkt, daß der von Herrn Trozki in West-Vitowitz gemachte Vorschlag nach keiner Richtung hin als ein echtes Friedensangebot betrachtet werden kann, sondern daß er nur ein neues Verschleppungsmanöver darstellt, das den Zweck hat, vor der Welt und die Verantwortung für die mit Rücksicht auf unsere militärische Lage zu treffenden Maßnahmen aufzubürden. Wie es die Herren in Petersburg meinen, geht aus einem neuen Briefe des russischen Oberkommandos hervor, indem die russischen Truppen aufgefordert werden, die deutschen Truppen zur Ermordung ihrer Offiziere aufzufordern. Solange unsere Gegner nicht den ersten und ehrlichen Willen gefunden, einen wirklichen Frieden zu schließen, und solange sie nicht Garantien geben, daß sie von der niederträchtigen Beeinflussung des deutschen Volkes absehen, können wir uns auf keine Verhandlungen mehr einstellen. Das Gebot der Stunde für unsere Oberste Heeresleitung geht dahin, in fester Front absolute Klarheit zu schaffen, das unsere militärische Lage es nicht duldet, der bisher von den Russen geübten Verschleppungskunst weiter untätig zuzusehen.

Die Königlich Preussische Zeitung schreibt zur Bezeichnung des Kriegszustandes im Osten: Einen schlagenderen Beweis für die große Tragweite des mit der Ukraine abgeschlossenen Friedens kann man sich nicht denken, als daß ein Zug hinter Herrn Trozki im Namen des noch von Petersburg abhängigen Letztes Rußlands den Kriegszustand mit den Mächten des Westbundes als beendet erklärt. Die Erklärung Trozki's bedeutet jedenfalls zunächst den Verzicht auf weitere Verhandlungen auf der Grundlage der West-Vitowitzer Konferenz. Wenn wir den Schritt, den er getan hat, richtig auslegen, so ist er dahin zu verstehen, daß Trozki das absolute weitere eigenmächtige Beharren seiner Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einseht und einem drohenden Ultimatum des Westbundes ausweichen wollte, daß er es aber andererseits nicht über sich bringen kann, seinen bisherigen Standpunkt preiszugeben und dem Westbunde Zugeständnisse zu machen. Er hat hiermit seinen Willen, die Westverhältnisse und Karthagen, die er so eifrig zu ignorieren sich bemühte, haben sich nun geltend gemacht.

Die Königlich Preussische Volkszeitung führt aus: Die Verhandlungen in West-Vitowitz haben uns nicht nur Freude, sondern auch wünschenswerte Klarheit darüber gebracht, wie wir mit den Leuten, die in Nordrußland das Kubel führen, daran sind. Wir wissen ganz genau, was sie wollen, und können uns danach einrichten, denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Bolschewiki, wenn sie auch den Krieg mit aufreißenden, revolutionären Worten gegen uns fortsetzen und erst recht beginnen wollen, die Westverhältnisse im Frieden, in dem wir jetzt mit den Bolschewiki Großmühen leben, sich weiter entwickelt, bleibt abzuwarten. Herr Trozki hat für die Ausgestaltung der Beziehungen auf der Weg unmittelbarer Verhandlungen von Regierung zu Regierung verworfen; man darf erwarten, daß unsere Unterhändler, wie sie bisher die unter so neuartigen Umständen verlaufenden Friedensverhandlungen zu dem erreichbaren Ziel geführt haben, auch bei den weiteren Vorwärtsschritten die deutschen Interessen auf das entscheidende Maß wahren werden.

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes berichtet aus dem Kriegspressenquartier: Schon vor der Friedenserklärung Trozki's begann sich die russische Demobilisation als Folge der inneren Auflösung zu vollziehen. Im ukrainisch-rumänischen Grenzgebiet bezeugte ich den obliegenden Soldaten der Russen, die die rumänische Front verstärken. Das zur 8. Armee gehörende 18. Korps unter dem General Ostin modte noch einen letzten Versuch, die rumänische Front zu durchbrechen, mußte aber, blutig zurückgewiesen, ebenfalls zurückkehren und trat bei Kobow auf überreichlichen Boden. Auf die Frage, wie er sich die künftige Gestaltung Europas denke, antwortete Ostin: was die Ukraine betreffe, so ist es kein Zweifel, daß sie als erster den

Frieden geschlossen habe. Die Ukraine ist die mächtigste antibolschewistische Bewegung und ich lebe in ihr eine große Idee, die bald greifbare Formen annehmen wird.

Die Ukraine schreibt: Für uns bleibt der Kriegszustand rechtlich bestehen. Wir haben uns nur darüber schlüssig zu machen, wie weit wir der russischen Erklärung folgen wollen. Ebenso bleibt unsere Befehlsgebung der im Osten eroberten Gebiete bestehen. Wir müssen nun möglichst schnell die Selbstbestimmung der russischen Völker verwirklichen. Das ist die große Aufgabe, vor die uns der „bedingungslose“ Frieden der Bolschewiki im Osten stellt.

Der Zusatzvertrag mit der Ukraine.

Der Wortlaut des deutsch-ukrainischen Friedensvertrages bringt keine Überraschungen. Er beruht, wie das selbstverständlich war, auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen und Entschädigungen. Territorial greift die neue Ukraine weit nach Norden aus, so daß sich der Polen eine starke Anspruchsgrundlage bemächtigt hat. Wirtschaftlich ist der Verkehr von Regierung zu Regierung vorzuziehen, soweit es sich um die Produkte handelt, die hüben und drüben gemeinschaftlich vermarktet werden. Sonst ist der alte russische Handelsvertrag in wesentlichen Punkten wieder in Kraft gesetzt, aber Deutschland und Österreich-Ungarn das Recht zu einer engeren Zollgemeinschaft, zum Zusammenbruch Mittel-Europas ausdrücklich vorbehalten.

Ein besonderer deutsch-ukrainischer Zusatzvertrag regelt eine Anzahl von Wirtschafts- und Wirtschaftsverträgen in bemerkenswerter Weise. Die gegenseitigen Wirtschaftsverträge gegen Privatpersonen werden zurückgenommen und den dadurch Geschädigten wird Entschädigung gewährt. Dabei ist nun ein schwieriges Problem aufgetaucht: Die Ukraine wird bekanntlich sozialistisch regiert, sie hat das Land und die Bodenschätze verstaatlicht. Durch diese Enteignung der Kapitalisten sind natürlich auch deutsche Grundbesitzer und Fabrikanten oder Aktionäre mit betroffen worden. Die Enteignung ist im allgemeinen ohne Entschädigung erfolgt. Sollen nun die davon betroffenen deutschen Kapitalisten entschädigt werden? Die Frage ist offen geblieben, und wir begrüßen es, daß die deutsche Regierung nicht auf der Entschädigung bestanden hat. Sie hat dadurch gezeigt, daß sie nicht an kapitalistischen Rücksichten einen Frieden scheitern läßt oder verzögert.

Vertrag mit Rußland über die Heimführung der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen.

Die in Petersburg geschlossenen Beratungen über Gefangenentransporte haben nach längeren Verhandlungen zunächst zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt, wonach die dienstuntauglichen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat überführt werden sollen. Entsprechende Abkommen mit Rußland sind auch von den gleichfalls in Petersburg anwesenden österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Vertretern unterzeichnet worden. Bei den zur Zeit in Rußland herrschenden Verkehrsverhältnissen wird man jedoch mit nicht unbedeutlichen Verzögerungen in der Ausfuhrung des Transportes rechnen müssen. Doch ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die in dieser Richtung bestehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben.

Ein russischer Junkspruch an alle.

Vom Kommissar für auswärtige Angelegenheiten. In dem er als unzulässig erachtet, daß auf die russischen Bürger in England die Zwangsanzahlung zur englischen Armee und Delegation zu irgend einem auswärtigen Staate angewandt wird, überhaupt das Recht der Zwangsanzahlung russischer Bürger zum Heeresdienst, hat der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten den bevollmächtigten Vertreter in London, den Kameraden Litwinow, beauftragt, der englischen Regierung vorzutreten, sie solle mitteilen, welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt, in dem Betreff der Zwangsanzahlung, die mit der Delegation vereinbart über diese Frage geschlossen worden sind. Er soll ferner die Hoffnungen ausdrücken, daß auf diesem Boden es zu keinen Mißverständnissen zwischen England und Rußland kommen wird, und daß England von solchen Maßnahmen absehen werde, die zu ähnlichen Mißverständnissen führen könnten.

Eine Gefahr für die Brot- versorgung.

Immer drohender wird der Rückgang der Getreide- und Kartoffel-anbaufläche. Die Rübepflanzung ist Trümpf. Sollte es das Unglück, daß sich mit der rückläufigen Tendenz eine schlechte Ernte verbindet, so müßte die Volksernährung aufs äußerste gefährdet werden. Es ist unerlässlich, daß die maßgebenden Stellen dieser gefährlichen Entwicklung für Rübepflanzung auf dem Erzeuger der Rohmaterialien von Sachverständigen greifbar aufgedrängt.

In dem Augenblick, da eine einfache Berechnung ergab, daß der Anbau von Rübepflanzen eine höhere Rentabilität ergab als die gleiche Anbaufläche mit Körnerfrucht oder Kartoffeln, war für den Erzeuger die Frage der Anbauwahl entschieden.

Der Kartoffel- und Getreidebau geht von Jahr zu Jahr mehr zurück zugunsten der Rübepflanzen. Daher besteht für uns bekanntes Gebot ein zehnjähriger Nachweis dieser Tatsache. Inwiefern mag als charakteristisches Beispiel dafür die Einwirkung der Preise auf die Produktion die Tatsache angeführt werden, daß auch im Jahre 1915 die Anbaufläche für Getreide und Kartoffeln als Folge der enormen Preissteigerungen eine ganz erhebliche Zunahme erlitt und zwar beide auf Kosten der übrigen Feldfrüchte, deren Verminderung damals bei den noch vorhandenen Vorräten an Futtermitteln und dem gesteigerten Kartoffelanbau kaum ins Gewicht fiel, im Gegenteil sich für den Erzeuger infolgedessen lohnte, größer als die vermehrte Kartoffelproduktion nicht nur materiell einen größeren Gewinn in Aussicht stellt, sondern zugleich auch einen vollwertigen Futtermittelersatz für die verminderte Rübeproduktion bot.

Interessante Preise fordern heute als Ausgleich eine Erhöhung der Getreide- und Kartoffelpreise als am meisten erfolgversprechendes Anreizmittel zum vermehrten Anbau von Getreide und Kartoffeln. Dieses Anreizmittel aber ist seit Kriegsbeginn fast vollständig zur Anwendung gekommen, ohne daß den ständigen Rückgang verhütet zu haben.

Die folgenden Berechnungen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der ungedeckte hohe Rübepreis mit Notwendigkeit eine Verminderung des Getreide- und Kartoffelanbaus zur Folge haben muß. Dabei sind die Höchstpreise zugrunde gelegt. Bedeutet man inwiefern, daß Rübepflanzen sich für den Anbau eignen, so haben sich, daß selbst Kommodorendörbe wesentlich darüber hinausgehen gezwungen sind, so verfährt sich das Bild noch weiter zugunsten der Rübepflanzen.

Getreidebau: Kosten für die Bewirtschaftung eines Hektars (Saatkorn, Düngung, Bewässerung, Erntehelfer, Druck usw.) 600 M. Erlös für geerntete Frucht 760—800 M. Reinerdienst 100—140 M. : Kartoffelanbau: Hektarsaufkosten 1200 M., Gesamtertrag 1680 M. Reinerdienst 480 M. Rübepflanzenbau: Gesamtaufkosten 1400 M., Ertrag 2400 M. Reinerdienst 1000 M.

Diese Ziffern gelten nach sachmännlicher Beurteilung als annähernd; sie verweisen sich natürlich je nach Bodenbeschaffenheit, Kultur usw. Die Schlussfolgerung aus diesen Gegenüberstellungen lautet mit zwingender Notwendigkeit: Herabsetzung der Rübepreise oder Mindestbeschränkung des Anbaus von Rübepflanzen, in der Weise, daß durch behördliche Anordnung eine je nach Klima und Bodenbeschaffenheit zu bestimmende prozentuale Einschränkung festgelegt wird, wie es beispielsweise schon bei der Produktion von Zuckerrüben der Fall ist. Da der Erzeuger nach der Bundesratsverordnung vom 31. März 1917 (Schonung der Rübepflanzung) die je freierwerdende Fläche bebauen muß, so ergibt sich ganz von selbst ein vermehrter Anbau entweder an Kartoffeln oder an Getreide. Da sich die Regierung schärferen Eingriffen gegenüber ablehnend verhält, so ist diese negative Auslegung des Begriffs Anbauverbot das Mindeste, was getan werden muß. Die ausreichende Befreiung von Saatkorn, Düngemitteln, Gelöbungen und Arbeitskräften müßte natürlich nebenher gehen.

Der jetzt durch den einseitigen Rübepflanzenbau am Boden betriebene Anbau stellt nicht nur die Volksernährung vor eine äußerst schwere Gefahr, sondern bedeutet auch eine erhebliche Erschöpfung der Ueberzeugungsmöglichkeit, da der Boden zur Wiedererlangung seiner früheren Leistungsfähigkeit jahrelang sorgfältigster Pflege bedürftig wird.

Soll die Volksernährung, die durch all die schlimmen Erfahrungen des Winters und des Schicksals der Rübepflanzung auf das äußerste Minimum

Fragebedeutung ist nicht nach, weiter vermerkt werden, so darf auch der Forderung auf schärfere Veranschaulichung der öffentlichen Wirtschaft nicht die andere vergessen werden: Zurückdrängung der Räder zugunsten des Betriebes und der Kartoffeln.

Die Kartoffelversorgung bis zur neuen Ernte.

Die Versorgung der nichtkolonialistischen Bevölkerung mit Kartoffeln für das Frühjahr 1917/18 auf Grundlage einer Zuweisung von 1 Pfund auf den Kopf und Zugabe aus dem Vorrat, die während der ersten Monate von 10 Pfund zu erhöhen, das in Anbetracht der reichen Ernte dieses und nachträglich gestellt worden war, blieb unerfüllt. Das Kriegsergebnis vertrat den Standpunkt, daß sich nicht mit Sicherheit überlegen lasse, ob eine solche Erhöhung auch wirklich durchführbar sei und daß nicht mehr zugelegt werden dürfte, als mit Sicherheit gehalten werden könne. Von den Ausnahmen, die dabei zugelassen oder in Aussicht gestellt worden sind — vermehrte Zuweisung an die Schwerarbeiter usw. — soll hier nicht die Rede sein. Der Grundlag, daß mit Papierkartoffeln dem Verbrauch nicht geteilt sei, es also zwecklos oder gar nachteilig sei, wenn Kartoffeln zugelegt werden, die hienzuher nicht geteilt werden können, hat Anerkennung gefunden, und die Bevölkerung hat sich an den Gedanken gewöhnt, daß sie sich auf einen Zersiedersack von 1 Pfund zu beschränken habe. Sie vertrat dabei aber auch darauf, daß die Menge ihr unter allen Umständen geliefert werde. Für den ersten, die zum 1. März laufenden Versorgungsabschnitt, ist sie mit dem ihr zuteilenden Quantum auch tatsächlich beliefert worden. Jede des einzelnen war es, haushalten und sich lo einzuleiten, daß er ausreichte, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß in nicht seltenen Fällen die Befreiungen der im Herbst eingeleiteten Kartoffeln das Haushalten sehr erleichtert. Die Ration und die Menge der Kartoffeln, die dem Einzelnen zugeteilt sind, sind in der Tabelle angegeben, die dem Einzelnen zugeteilt sind, sind in der Tabelle angegeben.

Der vom Kriegsergebnisamt seinerzeit angelegte Vergleich, Versorgungsverträge abzuschließen, hat sich auch, so viele Anträge einem Kriegsergebnisamt der Kriegsergebnisamt in der Tabelle angegeben, die dem Einzelnen zugeteilt sind, sind in der Tabelle angegeben.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist ein wichtiger Bestandteil der Kriegsergebnisamt in der Tabelle angegeben, die dem Einzelnen zugeteilt sind, sind in der Tabelle angegeben.

Der Frieden mit der Ukraine

In Deutschland ohne Überdramatik, aber auch ohne Geringschätzung aufgenommen worden. Auch den wirtschaftlichen Nutzen des Vertrages für die Mittelmächte darf nicht übersehen werden. Wohl ist die Ukraine ein der fruchtbarsten und reichhaltigsten Länder der Welt, aber wir wissen nicht, welche Vorteile gegenüber den vorhandenen sind, wobei nur ihnen freizukaufen der Kriegsergebnisamt in der Tabelle angegeben, die dem Einzelnen zugeteilt sind, sind in der Tabelle angegeben.

Über diesen Frieden ist zugleich ein demokratischer Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Die internationalen Grenzen sind auch in Zukunft zu lassen, wo sie bisher gezogen sind, wahrscheinlich ist nicht einmal ein einziger Grenzfall berührt. Die Ukraine in Ostgalizien und Nord-Bukowina bleiben im Verbund der internationalen Grenzen und werden ihre nationale-kulturelle Autonomie innerhalb der alten Grenzen finden. Eine Kriegsergebnisamt in der Tabelle angegeben, die dem Einzelnen zugeteilt sind, sind in der Tabelle angegeben.

Stampfen erreicht worden ist, ist ein Friede der Macht, aber zugleich ein Friede der Vernunft und des Rechts. Der Einbruch der Revolution hat diesen Frieden untergraben, die Revolutionäre wollen den Frieden untergraben, die Revolutionäre wollen den Frieden untergraben, die Revolutionäre wollen den Frieden untergraben.

Den Friedensverträgen mit Rumänien und den Bolschewiki kann dieser erste Friedensvertrag nur fördern. Gerade auf die Ukraine hatte die Entente ihre letzten Hoffnungen gesetzt. Frankreich hatte ihr noch 181 Millionen Franz für die Ukraine versprochen, die Ukraine versprochen, die Ukraine versprochen.

Anabhängigkeit Jugit.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: In einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses im Januar kam bei der Behandlung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Rede auf die flämische Bewegung, und der Abgeordnete Haas benutzte die Gelegenheit, um seine lebhafteste Abneigung gegen sie zum Ausdruck zu bringen. Die flämische Bewegung ist ein Versuch, die flämische Bevölkerung in Belgien von der niederländischen Bevölkerung zu trennen.

Haas sprach darauf, dass die flämische Bewegung ein Versuch ist, die flämische Bevölkerung in Belgien von der niederländischen Bevölkerung zu trennen. Die flämische Bewegung ist ein Versuch, die flämische Bevölkerung in Belgien von der niederländischen Bevölkerung zu trennen.

Wenn übrigens alle „Rechtlosen“ immer das ihnen zuteilwende „Recht“ in ihrer Staatsweise erhalten könnten, dann wäre auch in Preußen und in Sachsen die bisherige Zusammenlegung der Landtage denkbar gewesen.

Die Unterhändler verlassen Brest-Litowsk.

Herr von Rühlmann und die Mitglieder der deutschen Delegation haben gestern abend Brest-Litowsk verlassen. Sie werden heute mittags in Berlin eintriften. Nach dem Vertrag von Brest-Litowsk haben die deutschen Unterhändler den Vertrag von Brest-Litowsk abgelehnt.

Außlands innere Kämpfe.

Nach einem Stocholmer Telegramm wird Monarchist aus Petersburg gemeldet: Der russische Kriegsausschuss ist über ganz Russland getätigt worden. Die russische Regierung ist über ganz Russland getätigt worden.

Die Polen zur ukrainischen Gebietsabgrenzung.

Am 11. Februar, Die polnischen Nachrichten melden: Das polnische Parlament hat beschlossen, die ukrainischen Gebiete abzugrenzen. Die polnischen Nachrichten melden: Das polnische Parlament hat beschlossen, die ukrainischen Gebiete abzugrenzen.

Die französischen Sozialisten verlangen den Frieden.

Die internationalistische Partei Frankreichs tritt am Sonntag in Paris zusammen, um über die Haltung der Partei zur Regierung und zur Friedensfrage zu prüfen. Die internationale sozialistische Partei Frankreichs tritt am Sonntag in Paris zusammen.

Die Handelshölzer der Volkswirtschaft.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz: Das führende Organ der russischen Sozialrevolutionäre entwickelt in diesen Tagen einen Vorschlag, die Handelshölzer der Volkswirtschaft zu nationalisieren. Das führende Organ der russischen Sozialrevolutionäre entwickelt in diesen Tagen einen Vorschlag.

Die internationalistische Partei Frankreichs tritt am Sonntag in Paris zusammen, um über die Haltung der Partei zur Regierung und zur Friedensfrage zu prüfen. Die internationale sozialistische Partei Frankreichs tritt am Sonntag in Paris zusammen.

Ein Befehl Lenin über den Gefangenentransport.

Der Rat der Volkskommissare in Petersburg hat durch seinen Vorsitzenden Lenin folgenden Befehl an die Reichs- und Provinzialbehörden erlassen:

Es sind die entscheidendsten revolutionären Maßnahmen dazu zu treffen, damit nicht ein einziger Gefangener oder Flüchtling in die Hände der Feinde übergeben wird. Die entscheidendsten revolutionären Maßnahmen dazu zu treffen, damit nicht ein einziger Gefangener oder Flüchtling in die Hände der Feinde übergeben wird.

Außlands innere Kämpfe.

Nach einem Stocholmer Telegramm wird Monarchist aus Petersburg gemeldet: Der russische Kriegsausschuss ist über ganz Russland getätigt worden. Die russische Regierung ist über ganz Russland getätigt worden.

Die internationale sozialistische Partei Frankreichs tritt am Sonntag in Paris zusammen, um über die Haltung der Partei zur Regierung und zur Friedensfrage zu prüfen. Die internationale sozialistische Partei Frankreichs tritt am Sonntag in Paris zusammen.

Der Krieg zur See.

Berlin, 11. Februar. (Kriegsfl.) Im letzten Teil des Vernehmlassens an der englischen Botschaft vernehmlassend auf den 10. Febr.

18 000 Wracks-Flugzeuge-Lenzen

Lebhaftes Handelsverhältnis. Die Schiffe mit Wassermaschine in der See. Die englische Flotte hat einen großen Erfolg erzielt, indem sie ein großes Wrack in der Gegend von Gibraltar gesichtet hat. Der Dampfer hat drei Rammgeschiffe auf das Wrack ab, ohne zu treffen. 10 Ueberlebende wurden in einem spanischen Boot ausgeholfen. Es gab mehrere Tote und Vermundete.

Auflösung der Weltlage.

Der französische Botschafter in London, Paul Cambon, hielt eine Rede in London, in der er ausführte, daß es die Aufgabe des jungen Frankreichs sei, das für die Ehre der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker zu kämpfen. Frankreich und England seien die Verbündeten der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker. Die Vereinigung der zukünftigen Generationen Englands und Frankreichs werde eine Garantie für den Frieden bilden.

Der amerikanische Botschafter in London, James Bayard, hielt eine Rede in London, in der er ausführte, daß die Vereinigung der zukünftigen Generationen Englands und Frankreichs eine Garantie für den Frieden bilden werde. Die Vereinigung der zukünftigen Generationen Englands und Frankreichs werde eine Garantie für den Frieden bilden.

Kapitan v. Müller in englischer Behandlung.

Neuzeit berichtet, die von Kapitan von Müller einem Kommando in der englischen Botschaft in London auf dem Namen von Müller nach England nicht zurückgeführt werden zu können. Er ist jetzt in der englischen Botschaft in London auf dem Namen von Müller nach England nicht zurückgeführt werden zu können.

Graf Andrassy im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Graf Andrassy behauptet die Notwendigkeit, eine starke nationale Regierungspartei zu bilden. Es ist jedes Patrioten Pflicht, bis zur Erreichung eines christlichen Friedens die Nation in unerschütterlicher Kraft zu verhalten, solange sie für ihre Interessen kämpfen muß.

Der deutsche Tagesbericht.

Herzog Anton Ulrich, 11. Februar.

Herzog Anton Ulrich, 11. Februar.

Herzog Anton Ulrich, 11. Februar.

Der Reichstangler über die Wahlreform.

Das Ansehen einer Unterredung, zu der der Reichstangler den Reichstangler über die Wahlreform. Das Ansehen einer Unterredung, zu der der Reichstangler den Reichstangler über die Wahlreform.

Der Weltkrieg — der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Weltkrieg — der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Weltkrieg — der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Aus der Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses.

Aus der Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses. Aus der Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten. Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

ihren Stillstand den Schluss ziehen, der ja auch sonst schon gezogen ist, als ob sie nicht mit aller Energie darauf bringe, die Vorlage möglichst rasch zu veranlassen. Die Regierung habe noch wie vor den festen Willen, innerhalb des Rahmens der Vorlage die zur Verwirklichung zu bringen, aber nur innerhalb dieses Rahmens, und sie werde alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, die Vorlage in dem Sinne, wie sie eingebracht ist, zu verabschieden.

Der Sozialdemokrat erklärte, wenn die Kommission die im Volk bestehende Erregung noch verdrängen will, dann möge den im vorliegenden Antrag annehmen, wollte sie aber zur Befriedigung des Volkes beitragen, dann müsse sie ihn ablehnen. Bismarck hat dann noch ein Nationalrepositor für seine Verdon für den konservativen Antrag ausgesprochen hatte, wurde dieser Antrag abgelehnt. Dafür stimmten außer den Konservativen nur vereinzelte Nationalliberale und Freikonservative. Es wird also, wenn die Verrenkungsfrage erledigt ist, die Beratung des Wahlrechts beginnen. Wahrscheinlich wird der Anfang damit am Donnerstag gemacht werden. Es ist aber noch nicht ausgeschlossen, daß der Beginn sich noch in die nächste Woche hinauszögert.

Der Reichstangler über die Wahlreform.

Das Ansehen einer Unterredung, zu der der Reichstangler den Reichstangler über die Wahlreform. Das Ansehen einer Unterredung, zu der der Reichstangler den Reichstangler über die Wahlreform.

Politische Uebersicht.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung behauptet, die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses habe gestern beschlossen, bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage an dem im letzten Jahre vereinbarten Kompromiß festzuhalten. Die Kompromiß ist jedoch unrichtig, als nach dem Ergebnis der Konsultation im Abgeordnetenrat, eine Regelung des Wahlrechts auf beruflicher Grundlage zu verwirklichen.

In Bismarcks Heimat.

In Bismarcks Heimat. In Bismarcks Heimat.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

